

Pressekonferenz, 14. Oktober 2019

## **Armut gezielt verhindern**

### Statement

**Hubertus Pellengahr**  
Geschäftsführer  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

viele von Ihnen fragen sich sicher: warum beauftragt eine Organisation wie die INSM eine so umfangreiche Studie zum Thema Teilhabe? Die Antwort hört sich ambitioniert an, weil unser Ziel ambitioniert ist: Die INSM will die Art und Weise, wie in Deutschland über Armut debattiert wird, verändern. Nicht nur ein bisschen, sondern sehr grundlegend. Warum wir das wollen, steht schon in unserem Namen: Soziale Marktwirtschaft. Die INSM versteht das Soziale in unserer Marktwirtschaft im Kern nicht als eine Form von Mildtätigkeit oder Barmherzigkeit. Sozial ist, was Arbeit schafft. Eine Wirtschaft, die vielen Menschen Arbeitsplätze gibt und so individuellen und gesellschaftlichen Wohlstand sichert, ist sozial. Eine Wirtschaft, die den Menschen die Produkte und Dienstleistung zur Verfügung stellt, die diese brauchen und sich wünschen, ist sozial. Eine Unternehmerin, die anderen Menschen Arbeit und Einkommen sichert, ist sozial. Eine Politik, die es Unternehmen ermöglicht, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern, ist sozial. In der Öffentlichkeit wird aber in der Regel Politik nicht dann als sozial bezeichnet, wenn sie Arbeitsplätze sichert oder Wachstum ermöglicht, sondern wenn sie Armen oder von Armut bedrohten Menschen mehr Geld gibt. Keine Frage: Wer seinen Lebensunterhalt nicht allein bestreiten kann, muss sich auf die Unterstützung der Gemeinschaft verlassen können. Aber eine Politik, die Menschen das Leben in Armut lediglich erträglicher macht, ist nicht wirklich sozial. Wir müssen den Fokus der politischen Debatte wieder stärker darauf richten, wie wir allen Menschen die Teilhabe an Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichen können. Um das zielgerichtet tun zu können, muss man aber erst einmal wissen, was wem wo fehlt. Und warum.

Um diese Fragen zu beantworten und um so das Fundament für eine bessere und sozialere Teilhabepolitik zu legen, haben sich im Institut der deutschen Wirtschaft die führenden Forscherinnen und Forscher zusammengetan und eine beeindruckende Faktensammlung und Faktenanalyse erstellt. Freuen Sie sich mit uns auf die Präsentation der Ergebnisse durch den Direktor des IW, Prof. Michael Hüther.

-----

Wohlstand und sozialer Aufstieg gelingt durch Bildung. Sie ist der wirksamste Schlüssel, um dauerhafte Armut zu bekämpfen. Bildung kann man aber nicht umverteilen. Aber man kann mehr Menschen mehr Bildung zugänglich machen. Wer Menschen egal welchen Alters, Geschlechts oder welcher Herkunft bildet, verbessert deren Chancen auf gesellschaftliche, soziale und ökonomische Teilhabe. Damit die Menschen dann auch einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt haben, müssen unnötige Hürden abgebaut werden. Und damit die Chancen auf Teilhabe auch möglichst oft genutzt werden, braucht es die richtigen Anreize. Basierend auf den Erkenntnissen des INSM-Teilhabemonitors empfehlen wir daher:

- **Bildung als Schlüssel zur Teilhabe stärker zu fördern.**
- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.**
- **Langzeitarbeitslose intensiver zu betreuen.**
- **Leistung stärker zu belohnen.**
- **ausländische Qualifikationen einfacher und schneller anzuerkennen.**

Konkret heißt das:

- Die Förderung der **Durchlässigkeit des Bildungssystems** und die **Sicherung von Teilhabechancen** sind die zentralen Herausforderungen der Bildungspolitik in den kommenden Jahren. Hierzu wären eine Stärkung der Sprachförderung an Kitas, das Schließen der Betreuungslücken im frühkindlichen Bereich, der weitere Ausbau an Ganztagschulen, eine nach Sozialindex differenzierte Bildungsfinanzierung und mehr Vergleichsarbeiten an Schulen mit darauf aufbauenden Förderangeboten sinnvoll.

- Ein weiterer **Ausbau von Kitas und Ganztagschulen** stärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders für Alleinerziehende.

- (Langzeit-)Arbeitslose sollten in den Jobcentern bessere **individuelle Betreuung** und **Beratung** bei der Maßnahmenauswahl und bei der Arbeitsvermittlung erhalten. Gerade für jüngere sowie ältere Arbeitslose ist ein besserer Betreuungsschlüssel nötig.

- Mehrarbeit muss sich auch für „**Aufstockende**“ lohnen. Sie wird dann attraktiver, wenn die Logik der Hinzuverdienstmöglichkeiten umgekehrt wird: Die Raten, mit denen Transferleistungen gekürzt werden, wenn das Einkommen steigt, sollten zu Beginn besonders hoch sein und dann schrittweise kleiner werden.

- Für Zuwanderer sollte die **Anerkennung ausländischer Qualifikationen** weiter verbessert werden und für Auszubildende mit Migrationshintergrund sollten **ausbildungsbegleitende Hilfen** ausgebaut werden.

Große Teile der deutschen Sozialpolitik der vergangenen Jahre waren im besten Fall gut gemeint. Das ist bekanntlich das Gegenteil von gut. Wie man derzeit eindrücklich am Thema Grundrente erkennen kann. Der Grundgedanke ist ja durchaus einleuchtend: Wer jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter mehr haben, als jemand, der das nicht getan hat. Wir sagen dazu: Leistung muss sich lohnen. Teile der Bundesregierung wollen aber aus diesem Ansatz eine pauschale Höherwertung der Rentenleistung machen, von der recht willkürlich eine Gruppe von über zwei Millionen Rentnern profitieren soll. Ganz egal ob sie bedürftig sind oder nicht. Viele Milliarden Euro soll das kosten, nur ein Bruchteil der Begünstigten ist von Altersarmut betroffen und viele, die tatsächlich altersarm sind, bekommen von dem Geldregen nichts ab, weil sie nicht 35 Jahre, sondern zum Beispiel nur 33 Jahre eingezahlt haben. Wer den INSM-Teilhabemonitor aufmerksam liest, findet intelligentere Ansätze zur Reduzierung der Altersarmut und erkennt hoffentlich, dass andere Gruppen viel stärker von Armut betroffen sind, als Rentner. Wer Alleinerziehenden die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie erleichtert, Langzeitarbeitslosen auf dem (Rück)Weg in den Arbeitsmarkt hilft und Migranten schnell in unsere (Arbeits)Gesellschaft integriert, hilft akut von Armut bedrohten und verhindert in der Folge Altersarmut. Altersarmut bekämpft man nicht mit 65 sondern mit sechs. Das ist das, was wir unter Sozialer Marktwirtschaft verstehen.

Wenn es gelingt, mehr Menschen durch gute Bildung, weniger Hürden, bessere Anreize und gezielte Unterstützung die Teilhabe an unserer starken Marktwirtschaft zu ermöglichen, beantwortet sich die Frage nach dem Sozialen in der Sozialen Marktwirtschaft von ganz allein. Ich bin mir sicher, dass wir mit unserem Teilhabemonitor einen relevanten und hilfreichen Beitrag zu dieser wichtigen Debatte leisten.